

Zur Perspektive des neuen Faches »Politik-Arbeit-Wirtschaft«

Interview mit Prof. Andreas Klee,
Direktor des Zentrums Arbeit und Politik

Herr Prof. Klee, 2018 wird an der Uni Bremen das Fach »Arbeitsorientierte Bildungswissenschaften« endgültig auslaufen. Wird es eine Form der Weiterführung geben?

Nach der Entscheidung der Universität über das Auslaufen des Faches gab es von Beginn an die Idee, die Arbeits- und Berufsorientierung in den bestehenden Politik-Studiengang zu integrieren. Damit sollten bestimmte Anteile der »Arbeitsorientierten Bildung« weitergeführt werden. Das ist für den Lehramts-Studiengang Politik inhaltlich interessant. Es geht dabei um diejenigen Felder, die der Sozialwissenschaft am nächsten stehen. Ich finde es allerdings schade, dass die Bereiche der Technik und der Ernährungswissenschaften dabei nicht mehr vertreten sind, aber das können wir als Studiengang Politik nicht leisten. Seitdem sind mehrere Planungspapiere geschrieben worden, wie im Fach Politik Studieninhalte neu hinzugenommen werden können – im Kontext der politisch-ökonomischen Bildung und mit Blick auf die Berufs- und Arbeitsweltorientierung. Das bedeutet natürlich auch, dass bestimmte andere Teile des bisherigen Studienganges geringer vertreten wären. Aber die Erweiterung macht in fachdidaktischer Perspektive Sinn. Dieser Plan ist noch nicht umgesetzt. Er ist u.a. auch mit Ressourcenfragen verbunden.

Für das Fach »Wirtschaft – Arbeit – Technik« fehlen ab 2018 die Absolvent*innen. Und es ist Bestandteil der Studentafel an den Bremen Schulen. Es besteht also Handlungsbedarf.

Wir sehen am Fach Sport, dass nicht alles, was an den Bremer Schulen unterrichtet wird, auch Teil der Aus-

bildung an der Universität Bremen ist. Der Handlungsdruck aus den Schulen ist nicht immer eine Gewähr, dass etwas auch realisiert wird. Aber am 06. Dezember wird sich der Fachbereichsrat des Fachbereichs 08 mit unserem Plan befassen. Es besteht also eine Chance, dass bestimmte Inhalte der »Arbeitsorientierten Bildung« im Studiengang Politik für das Lehramt verankert werden können. Im Zentrum Arbeit und Politik gibt es Kolleg*innen, die sich inhaltlich mit der Arbeits- und Berufswelt auseinandersetzen, und ihre Expertise kann mit eingebunden werden. Das wäre ein großer Vorteil. Damit hätten wir auch eine Ausrichtung des Studienganges, die mit Forschung hinterlegt ist – und das finde ich im Sinne des forschenden Lernens sehr wichtig.

Es gibt außerdem noch am Institut Technik und Bildung (ITB) eine parallele Entwicklung: Dort wird an einem Konzept gearbeitet, mit dem die Arbeits- und Berufsorientierung als Querschnittsaufgabe in die Lehrer*innenbildung integriert werden soll. Allerdings ist es immer schwer, Querschnittsaufgaben in allen Lehrämtern zu verankern. Es ist auch nicht immer sinnvoll, Themen den Schulen als Querschnittsaufgaben zuzuweisen, weil dabei Vieles einfach unter die Räder kommt.

Arbeits- und Berufsweltorientierung darf nicht auf Bewerbungstraining reduziert werden. Es geht um die Vorbereitung auf die zukünftige Rolle als Arbeitnehmer.

Und genau das ist es, was ein sozialwissenschaftliches Verständnis dieser Aufgabe ausmacht und sie für das Fach Politik reizvoll macht. Wir haben zwei Stränge: Zum einen gibt es die zunehmende Einflussnahme der Wirtschaft auf den Bereich

Schule. Es ist Aufgabe aller Lehrkräfte, insbesondere im Fach Politik, sich mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Zum anderen geht es darum, die Berufs- und Arbeitswelt als großes strukturelles Feld unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Dieser Zugang ist ein anderer als ein rein wirtschaftlicher. Da sehen wir ein Potential unseres Studienganges. Die Idee, ist, dass der Studiengang dann auch »Politik-Arbeit-Wirtschaft« heißt. Ich hoffe, dass dafür die Ressourcenfrage gelöst werden kann.

Von interessierter Seite wird immer wieder das Fach »Wirtschaft« gefordert.

Schon jetzt stoßen unsere Studierenden in ihren Praktika auf viele Materialien, die aus dieser Richtung der ökonomischen Bildung kommen. Und wir müssen sie darauf vorbereiten, mit diesen Materialien umzugehen. Oft steckt in ihnen ein anderer wissenschaftlicher Ansatz. Die sozialwissenschaftliche Perspektive nimmt per se den Menschen und seine Rolle in der Gesellschaft als Ausgangspunkt der Betrachtung. Und dann sind ökonomische Fragen solche der gesellschaftlichen Strukturierung. Dazu gehört auch Macht- und Herrschaftsstrukturen zu untersuchen. Diese sozialwissenschaftliche Sichtweise sollte mindestens parallel zur wirtschaftlichen repräsentiert sein. Der emanzipatorische Anspruch schulischer Bildung muss aufrecht erhalten werden.

Es gibt ein Konzept, die Universitätsleitung und die Behörde kennen es, und es steht eine Entscheidung an. Eine solche fachdidaktische Erweiterung ist auch in Bezug auf die Bedarfe der Schulen sinnvoll. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir an den niedersächsischen Schulen das Fach »Politik-Wirtschaft« und in Schleswig-Holstein das Fach »Wirtschaft/Politik« haben, und wir bilden auch für diese Bundesländer aus.

Vielen Dank.

Die Fragen stellte Jürgen Burger



Prof. Andreas Klee,
Direktor des Zentrums
Arbeit und Politik